

Kraft der Schwachen: Mut und List

Die Geschichte von David und Goliath hat die Menschen über Jahrtausende bewegt. Malcolm Gladwell erzählt sie neu, auf unsere Zeit bezogen. Seite 23

Grafik: wikimedia/Gebhard Fugel [M]

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 2./3. August 2014

69. Jahrgang/Nr. 178

Bundesausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Zweierlei Maß in Sachen Hamas

Roland Etszel zum Krieg um Gaza

Keine Friedensgespräche, nicht einmal einen Tag Waffenruhe. Relativ geringfügige Anlässe – gemessen an dem Massensterben, das dieser Krieg bereits verursacht hat – mussten am Freitag als Begründung für den Bruch der Absprachen herhalten. Die israelische Seite gibt sich empört, weil einer ihrer Armeeingehörigen in Gaza von Palästinensern gefangen genommen – sie sagt: entführt – worden ist. Die Armeeführung sagt nicht im selben Atemzug, dass sie selbst seit Beginn ihrer Bodenoffensive Dutzende Palästinenser in Gaza gefangen genommen – sie nennt es: verhaftet – und in israelische Gefängnisse irgendwo im Hinterland gebracht hat.

Es ist dieser schräge Blick von oben auf die »Extremisten«, »Islamisten«, »Terroristen«, als die Hamas-Palästinenser der israelischen Führung noch immer synonymisch und unterschiedslos gelten. Und noch immer teilt die westliche Wertegemeinschaft diese Feldherrenattitüde. Folgerichtig werden Verhandlungen mit Hamas auf Augenhöhe als nicht zumutbar eingestuft. Reden wollte man mit deren Abgesandten in Kairo allenfalls über Dritte. Das ist gar nicht neu. Schon vor mehr als 20 Jahren weigerte sich Israel sehr lange, mit dem »Terroristen« Arafat an einem Tisch zu sitzen.

Entscheidend für die Beurteilung einer Herangehensweise sollte stets sein, ob damit am Ende für beide Seiten akzeptable Lösungen gefunden werden. Das ist völlig offen, aber Kapitulation oder Unterwerfung einer Seite zählen dazu sicher nicht.

UNTEN LINKS

Laut EU-Richtlinie darf man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Deshalb beschränkt sich die polnische Twitter-Gemeinde bei ihrem Protest gegen das russische Einfuhrverbot heimischen Kernobsts auf den demonstrativen Verzehr von Äpfeln, während das Schicksal der polnischen Birnen auch seriösen Medien nicht einen Tweet wert ist. Nicht an die obstigen EU-Paragrafen gebunden fühlt man sich hingegen auf der Krim, deren EU-Mitgliedschaft ohnehin in den Kernen steht. Die Reben-Rebellen – man höre und empöre sich – vergleichen Äpfel nun gar mit: Wein! Nachdem Krim-Winzer von EU-Ländern mit einem Einfuhrverbot belegt wurden, ersuchte das Simferopoler Büro für Weinbau den russischen Präsidenten, im Gegenzug keine Spirituosen mehr aus jenen Ländern zu importieren. Sollte Putin dem nicht stattgeben, bliebe nur der Protest nach polnischem Vorbild: Saufen gegen Sanktionen! Vermutlich hat man es in Brüssel genau darauf angelegt: den Feind zum Obst zu machen. mha

40 Prozent sind nicht genug

Quoten, wie in der EU-Kommission vorgesehen, verändern Machtstrukturen nicht



Foto: imago/stock&people

Berlin. Der Kampf um die EU-Spitzenposten geht in eine neue Runde. Bis Donnerstag, 24 Uhr, durften die Regierungen der Mitgliedsstaaten ihren Wunschkandidaten für die Kommission benennen. Einen Monat hat deren Präsident Jean-Claude Juncker nun Zeit, das 28-köpfige Kollegium und die Ressortzuschnitte festzulegen. Anfang September stehen Beratungen mit dem EU-Ministerrat an.

Bis dahin sollten die Namen der Kandidaten nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Zumindest wollte Juncker dies nicht und machte keine Angaben zu den eingegangenen Vorschlägen. Anders einige Regierungen:

Deutschland will Günther Oettinger erneut als Energiekommissar sehen. Frankreich schickt den ehemaligen Finanzminister Pierre Moscovici ins Rennen. Und Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi hat Federica Mogherini für das Amt der EU-Außenbeauftragten nominiert – trotz Kritik an ihr.

Immerhin entsprach Renzi als einer der Wenigen mit der Benennung einer Frau einer Vorgabe Junckers. Der hatte angekündigt, die Kommission zu 40 Prozent mit weiblichen Politikern besetzen zu wollen. Bei der Ablehnung von Mogherini spielte deren Geschlecht keine Rolle. Ist das ein Erfolg für die Frauenbewe-

gung? Nein, meint Silvia Federici. Die radikalfeministische Philosophin glaubt, dass die wachsende Zahl von Frauen in Machtpositionen allein keinen Wandel der Machtstrukturen mit sich bringt. »Frauen werden in besonderer Weise ausgebeutet«, sagt sie im nd-Interview. Und: »Immer wenn Drecksarbeit gemacht werden muss, wird eine Frau dafür ausgewählt.« Die kann in der EU sehr vielfältig sein. Will Juncker also nur für bestimmte Posten Kommissarinnen? Für tatsächliche Gleichberechtigung ist laut Federici jedenfalls mehr nötig: »Wir müssen anders über Frauen nachdenken.« kah
Seiten 18 und 19

Gauck antwortet empörten Ost-Pfarrern

Bundespräsident bestreitet, dass »der vom Evangelium gewiesene Weg ausschließlich der Pazifismus sei«

In einer Replik auf einen Protestbrief ostdeutscher Theologen sieht Joachim Gauck seinen humanistischen Bellizismus im Einklang mit der Heiligen Schrift.

Von Fabian Lambeck

»Germans to the front!« Seit einiger Zeit versucht Bundespräsident Joachim Gauck, die Deutschen auf mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr einzustimmen. So etwa in seiner Eröffnungsrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar. Bei einem möglichen Einsatz der Bundeswehr dürfte Deutschland »weder aus Prinzip »nein« noch reflexhaft »ja« sagen.« Im »Deutschlandfunk« betonte der ehemalige Pfarrer jüngst, dass die Bundesrepublik »an der Seite der Unterdrückten« stehe. »In diesem Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen«, so Gauck.

Sein Vor-Vorgänger im Amt, Horst Köhler, war Ökonom und kein Theologe. Dessen Plädoyers für eine Militarisierung der Außenpolitik kamen ohne humanistisches Pathos aus. In einem Gespräch mit dem »Deutschlandfunk« betonte er 2010, dass bewaffnete Interventionen für eine Exportnation wie Deutschland notwendig seien, »um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege ...«.

Menschenrechte oder Handelswege: Vielen ehemaligen Weggefährten passt der Bellizismus Gaucks nicht. In einem Protestbrief kritisierten 67 ostdeutsche Pfarrer vor Kurzem die Abkehr des Bundespräsidenten von christlichen Friedensidealen. Die Initiatoren des Schreibens, Klaus Galley und Siegfried Menthel, bezogen sich dabei auf das Abschlussdokument der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen von 1989. Darin heißt es: »Im Verzicht auf militärische Gewalt

als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.«

Offenbar wollte Gauck die Kritik nicht unwidersprochen lassen. Am Freitag wurde bekannt, dass

»Gauck liefert nur erneut die Begründung, warum er Krieg als Ultima Ratio für legitim hält.«

Siegfried Menthel, Theologe

mittlerweile ein Antwortschreiben des Staatsoberhauptes vorliegt. Wie wichtig ihm dieser theologische Disput ist, zeigt der Umstand, dass nicht Gauck persönlich, sondern der Chef des Bundespräsidialamtes David Gill die Antwort verfasste. »Ohne Einsatz

Waffenruhe im Gaza-Streifen kam nicht zustande

Gespräche in Ägypten abgesagt

Gaza. Eine dreitägige humanitäre Waffenruhe im Gaza-Krieg ist nach wenigen Stunden zusammengebrochen. Israel habe den UN-Vermittler Robert Serry über das Scheitern der Feuerpause in Kenntnis gesetzt, berichteten israelische Medien am Freitagmittag. Zuvor waren im südlichen Gaza-Streifen heftige Kämpfe zwischen israelischen Truppen und Palästinensern aufgeflammt.

Wie der Sprecher des palästinensischen Gesundheitsministeriums, Aschraf al-Kidra, mitteilte, wurden dabei 35 Palästinenser getötet und mehr als 100 verletzt. Aus dem Gaza-Streifen feuerten Palästinenser mindestens acht Geschosse auf Israel ab. Drei wurden von der Raketenabwehr abgefangen, die anderen landeten auf freiem Feld. Das israelische Militär erklärte, lediglich auf Angriffe der Hamas reagiert zu haben. Hamas-Medien behaupteten wiederum, Israel habe die Waffenruhe gebrochen.

Die israelische Armee hat Namen und Rang eines Offiziers genannt, der am Freitag von Palästinensern gefangen genommen wurde. Es handele sich um den 23-jährigen Leutnant Hadar Goldin. Der Vizechef der Hamas-Exilorganisation, Mussa Abu Marsuk, sagte der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu, der Mann sei vor Inkrafttreten der Waffenruhe um 7 Uhr (MESZ) gefangen genommen worden. Daher sei dies kein Bruch der Waffenruhe gewesen. Israel bestreitet das. Nach Angaben seines Militärs geschah die Überwältigung Goldins erst um 8.30 Uhr.

In Ägypten geplante Gespräche über eine dauerhafte Waffenruhe in Gaza fanden nicht statt. Das schrieb die Kairoer Zeitung »Al-Ahram« am Freitag unter Berufung auf Abu Marsuk. Grund sei, dass die israelische Delegation ihre Teilnahme abgesagt habe, hieß es. dpa/nd
Seiten 3, 6 und 22

Welthandelspakt scheitert am Widerstand Indiens

WTO-Chef will Regierung in Delhi noch umstimmen

Genf. Ein neues Abkommen zur Vereinfachung des Welthandels ist am Widerstand Indiens gescheitert. Die indische Regierung ließ die Frist für eine Unterzeichnung des Protokolls am Donnerstag verstreichen. Damit kann das sogenannte Bali-Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) von Dezember 2013 nicht in Kraft treten.

Als Bedingung für eine Unterschrift verlangte Indiens Regierung eine dauerhafte Ausnahmeregelung, um Grundnahrungsmittel für Millionen arme Menschen subventionieren zu können. Während der Verhandlungen im vergangenen Jahr auf der indonesischen Insel Bali hatte sich Neu-Delhi noch mit einer Übergangsregelung einverstanden erklärt.

Bali wäre das erste multilaterale Abkommen in der WTO seit ihrer Gründung 1995 gewesen. Diplomaten warnten, die Organisation könne ihre Bedeutung als globales Handelsforum einbüßen. WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo zeigte sich enttäuscht. Man habe alles versucht, um Indiens Regierung von ihrem Nein abzuhalten. Gleichzeitig äußerte der WTO-Chef die Hoffnung, Indien in den kommenden Monaten noch umstimmen zu können. Auch die EU, die USA und Wirtschaftsverbände bedauerten die Entscheidung der indischen Regierung.

Das Bali-Abkommen sah vor, Einfuhrregelungen zu vereinheitlichen und Sicherheitsstandards zu harmonisieren. Zudem sollte das Prozedere an den Grenzen beschleunigt werden. Experten rechneten mit jährlichen Kosteneinsparungen von Milliarden Euro. epd/nd
Seiten 2 und 8

